

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(38. - öffentliche - Sitzung am 11. September 2014)

Beratungsthemen:

1. **Eine gemeinsame europäische Verantwortung - Zuständigkeiten für die Flüchtlingsaufnahme in Europa fair regeln**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1209](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch den Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Herrn Dr. Schmidt, zu den Überstellungen nach der Dublin-Verordnung sowie zu dem Pilotprojekt „Jeder Mensch hat Potenzial“ und die Stellungnahme des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Er kam einvernehmlich überein, die abschließende Beratung des Antrags der FDP-Fraktion zurückzustellen.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Übergriffen von propalästinensischen auf pro-israelische Demonstranten am 19. und 20. Juli 2014 in Göttingen und Hannover**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Verlauf der Demonstrationen und des Polizeieinsatzes anlässlich des sogenannten Trauermarsches am 2. August 2014 in Bad Nenndorf**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

4. **Ein unabhängiger Beauftragter für die Polizei statt einer Misstrauensstelle beim Staatssekretär des Innenministeriums**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1747](#)

Der Ausschuss stellte die Beratung des Antrages aus Zeitgründen zurück.

5. **Visafreiheit für türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ermöglichen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1755](#)

Der Ausschuss stellte die Beratung des Antrages aus Zeitgründen zurück.

6. **Terminangelegenheiten und Beschlussfassung über Unterrichtungswünsche**

Der Ausschuss war damit einverstanden, dass die Einbringung des Einzelplans 03 durch Minister Pistorius in der Sitzung am 2. Oktober und damit voraussichtlich erst nach der Beratung des Einzelplans im Ausschuss für Haushalt und Finanzen erfolgt.

Der Ausschuss nahm, einer Einladung der Verfassungsschutzpräsidentin folgend, in Aussicht, im November oder Dezember 2014 die Verfassungsschutzbehörde zu besuchen.

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu den Ereignissen im Rahmen von Auseinandersetzungen zwischen Familienclans der

sogenannten Mhallamiye-Kurden im Juli 2013 in Salzgitter sowie am 6. September 2014 am Klinikum in Lüneburg, insbesondere mit Blick auf die Vorgehensweise der Polizei sowie darauf, welche Maßnahmen getroffen werden könnten, um solche Vorfälle künftig zu verhindern. Der Ausschuss bat darum, dabei auch auf ein vom NDR zu diesen Auseinandersetzungen veröffentlichtes Experteninterview einzugehen.

Der Ausschuss bat die Landesregierung ferner um eine mündliche Unterrichtung über die Vorkommnisse bei einer versuchten Rückführung eines sudanesischen Asylbewerbers am 27. bzw. 28. August 2014 in Hannover sowie zu ähnlichen Sachverhalten in Osnabrück, insbesondere mit Blick auf das weitere Vorgehen der Landesregierung zur Durchsetzung des Aufenthaltsrechtes. Ferner bat er um einen Überblick über die Anzahl der Kirchenasyle in Niedersachsen und um eine Darstellung der Zahl der aufgrund von Bürgerprotesten verhinderten Rückführungen.